

Johannes Heinrichs, Duisburg/Berlin

Jetzt aufs Ganze gehen

Szenarien zwischen Restauration des Kapitalismus
und seiner demokratischen Überwindung

(Dezember 2008)

Die Welt ist seit Oktober 2008 geeint: durch ein globales Krisenbewusstsein. Endlich. Nachdem keiner die große Mehrheit der Menschen gefragt hatte, welche Globalisierung sie wollen, kommt die Antwort aus der Natur des Kapitalismus heraus: Er ist nicht lebensfähig ohne den Büttel des pseudodemokratischen Staates. Dieser muss den Bankhäusern, den Tempeln der neoliberalen kapitalistischen Religion, jetzt mit Abermilliarden von Kapitalspritzen oder wenigstens mit neuen „Kredit“ begründenden Bürgschaften zu Hilfe eilen, damit sie nicht zusammenbrechen.

Krisenmanagement als Vorwand für Restauration

Unsere Politiker beeilen sich, die Katastrophe von der Realwirtschaft abzuwenden. Soweit mit Recht. Denn deren Zusammenbruch würde vor allem die Ärmere treffen, nicht die großen Nutznießer des Systems. Die politische Klasse spricht von „Gier“ und „Auswüchsen“, um uns vorzumachen, dass es sich nur um Versagen und Fehlverhalten einzelner Banker, Manager und Aktionäre handele. Natürlich stehen die Leistungen der Manager, wo sie überhaupt positiv zu bewerten sind, in keinem irgendwie zu rechtfertigenden Verhältnis zu ihren Gehältern. Allein daran zeigt sich, wie sehr der neoliberale Kapitalismus das von ihm verbal hochgehaltene Leistungsprinzip mit Füßen tritt. Doch wie immer, ist Moralisieren in wirtschaftlichen und politischen Fragen willkommene Ablenkungs-ideologie unter dem Mäntelchen von „Ethik und Moral“, wie es immer heißt. (Schon diese Formulierung ist Zeichen von anerzogener Unkenntnis und Unklarheit über Wertbegründung.) Es soll davon abgelenkt und vertuscht werden, dass es sich nicht bloß um das Versagen Einzelner geht, sondern um die Unhaltbarkeit eines Systems. Die so notwendige (in den Kreisen der Humanwirtschaft selbstverständliche) Unterscheidung von Kapitalismus und Marktwirtschaft wird nur in dem Sinne vorgenommen, dass vor allem die sich „christlich“ nennenden Parteien schon immer eine „soziale Marktwirtschaft“ wollten, gemeint ist: einen gemäßigten, „zivilisierten“ Kapitalismus. Doch die stets umgangene Frage lautet, ob sich an dessen Grundprinzip etwas zivilisieren lässt.

Die Schaubilder, die Helmut Creutz erarbeitet hat, sprechen eine deutliche Sprache: Die *exponentielle Zunahme* der Geldvermögen der 10 % Reichsten hat ihre scheinbare Grundlage im (seinerseits schon ungesunden) *linearen Wachstum* der Bruttoinlandsprodukte der „Volkswirtschaften“, die es eigentlich nicht mehr gibt. Dem

steht eine *reale Kaufkraftabnahme der Löhne und Gehälter* gegenüber. Mindestens die Hälfte der gesamten Geldvermögen liegt bei jenen 10 %. Die wirtschaftlichen Klassen gleichen sich nicht etwa allmählich an, vielmehr wird ihr Gegensatz noch schärfer.

Selbst die Wortführer der politischen Parteien neoliberaler Prägung (das sind bis auf die LINKEN den internen Machtverhältnissen nach alle) können nicht mehr umhin, die wahren Standardsätze zu wiederholen, dass „die Schere zwischen Arm und Reich“ sich in unserem Land und weltweit weiter öffnet oder dass die Armen ärmer und die Reichen reicher werden.

Trickle-Down-Ideologie und die moralisierende Neid-Debatte

Der neue amerikanische Präsident hat immerhin im Wahlkampf die Ideologie des Trickle-Down-Effektes für die katastrophalen Fehlentwicklungen auf nationaler wie globaler Ebene verantwortlich gemacht: Wenn die Reichen reicher werden, kommt auch unten auf Dauer mehr Wohlstand an. „Wenn man den Pferden mehr Hafer gibt, kommt auch für die Spatzen mehr heraus“, wie J. K. Galbraith das spöttisch, aber treffend übersetzt (Vgl. Wikipedia: Trickle-Down-Economics). Jene Erklärungen Obamas stellen einen Hoffnungsschimmer dar, bisher fast der einzige aus der Welt der großen Politik! In Deutschland wird das Aussprechen der brutalen Tatsachen sowie die Infragestellung einer Leistungsgerechtigkeit nach wie vor als „Neiddebatte“ abgeschmettert. Auch hier wird die Schein-Moral („du sollst nicht neidisch sein, sondern an die kapitalistische Leistungsgerechtigkeit glauben“, ein Hauptgebot des Neoliberalismus) wieder einmal benutzt, um offensichtliche Missstände zu verschleiern. Vor allem täuscht man eine Leistungsgerechtigkeit vor, die gerade durch die Privilegien des sich selbst vermehrenden Geldes sowie des Grundbesitzes von Grund auf und prinzipiell untergraben wird.

Kapital als dritter Produktionsfaktor?

Es wird nicht zugegeben, dass die Behauptung des Kapitals als eines dritten Produktionsfaktors neben „Boden“ und Arbeit, wie sie in allen klassischen Lehrbüchern der Ökonomie stehen dürfte, dass somit die Vorstellung eines „arbeitenden Geldes“, die systemische Ursache für die gesamte Fehlentwicklung darstellt. Diese Vorstellung (und nicht allein die Marktkräfte) erlauben die Forderung von *Zins in Gestalt von Rendite*: diese nicht als Unternehmensgewinn verstanden, sondern als Lohnanteil des Kapitals für das hart mitarbeitende Geld. (Siehe Kapitel 13 „Kann Geld doch arbeiten?“ in „Sprung aus dem Teufelskreis“, 2. Aufl. 2005.) Für die Suche nach der optimalen Rendite werden heute täglich Billionen um den Globus gejagt. Dieser Rendite-Kapitalismus und nicht erst irgendwelche Auswüchse sind der Grund der Übel sowie der gegenwärtigen Krise. Die Auswüchse offenbaren nur das Grundprinzip, dessen sozialetische Unhaltbarkeit kaum irgendwo thematisiert wird, auch nicht in sich kritisch gebenden kirchlichen Sozialethikern.

Mit dieser Betonung der Fast-Identität (Teilidentität) von Zins und Rendite als Kapitallohn, welcher der wirklichen Arbeit und Leistung entzogen wird, wird ein etwas anderer Akzent gesetzt als in der klassischen Freiwirtschaft vom Zins als erpressbarer Aufschlag auf einen Kaufpreis aufgrund der Überlegenheit des Geldes über verderbliche Waren oder als Liquiditätsverzichtsgebühr (J.M. Keynes), zu schweigen von der Schulökonomie, wo der Zins völlig verschleiern und schleierhaft als „Preis des Geldes“ definiert wird. Wird eine solche nebelhafte Definition akzeptiert, ist damit der gesamte Kapitalismus mit all seinen vermeintlichen Auswüchsen als legitim anerkannt.

Ich ziehe es vor, von Kapital-Rendite als von Zins zu sprechen, weil damit der entscheidende Zins-Anteil sowie der Zusammenhang mit dem Prinzip Arbeit, durch die allein neue (über die Natur hinausgehende) Werte geschaffen werden. Es ist jedoch nicht mehr die Zeit, dass mit „klassischen“ Freiwirtschaftlern um Feinheiten der Zinsanteile sowie die angebliche Selbstregulierungsmacht des Marktes gestritten werden muss, sondern die Zeit, in der alle, die das kapitalistische System als Unrechtssystem durchschauen, endlich zusammenhalten müssen, um politisch wirksam werden zu können. Auf diese Forderung werden meine Ausführungen hinaus laufen.

„Reaktionäre“ Kapitalismus-Rettungsmanöver

Das bisher Gesagte lässt sich in der Einsicht zusammenfassen: **Die derzeitige Weltkrise beruht im Wesentlichen nicht erst auf Versagen und Gier Einzelner, auch nicht erst auf besonderen „Finanzprodukten“ und Eskapaden als solchen, sondern auf dem Wesen des Kapitalismus als dem System, in welchem das Geld selbst einen Arbeitslohn verdient: als Rendite oder durch bloße Kapitalbeteiligung zu gewinnender Zins bzw. von den anderen Wirtschaftsteilnehmern in allen Preisen aufzubringender Zins.**

Versager sind die, die das System raffiniert zu nutzen verstehen, nicht mehr als die vielen gedanklichen Mitläufer und Schönredner. (Doch bei Mitläufertum denkt man nur an vergangene Beispiele.) Wenn man sich das genügend klar macht, durchschaut man die allermeisten Klagen, Beteuerungen und Reformforderungen unserer Parteipolitiker als das, was sie sind: als Kapitalismus-Rettungsmanöver. Wir leben in einer Zeit der Reaktion auf die weltweite Krise seit Oktober 2008 – in einer Hochkonjunktur der Reaktionäre. Da der größte Teil der Bevölkerung die Zusammenhänge nicht durchschaut, teils auch gar nicht durchschauen will, erscheinen diese Rettungsmanöver hauptsächlich als Wohltaten für alle. Selbst wenn viele Stimmen laut werden, die sich darüber entrüsten, dass Privatleute und kleine Firmen Konkurs anmelden müssen, jedoch Großbanken und Konzerne staatliche Finanzspritzen bzw. Bürgschaften erhalten, so erfassen diese Stimmen doch nicht das Wesentliche: Dass wieder einmal ein System gerettet wird, welches das größte

Unrechtssystem der Menschheit darstellt. Es müsste dringend die Unterscheidung getroffen werden zwischen

- kurzfristiger Abwendung von kurzfristigem Schaden in der Realwirtschaft, zugunsten der Allgemeinheit
- langfristiger Lebensverlängerung des Kapitalismus als eines von Grund auf ungerechten, widersprüchlichen und für die Menschheit lebensbedrohenden Systems

Politiker (und natürlich Presseleute), die eine solche Unterscheidung nicht klar und deutlich treffen und damit die kurzfristige Schadensabwendung zum Vorwand für die grundsätzliche Erhaltung des kapitalistischen Rendite-Systems nehmen, machen sich unglaublich – und das sind leider fast alle in Amt und Würden. Selbst die Politiker der LINKEN wagen es meines Wissens selten, eine *grundsätzliche* Distanzierung vom System zu artikulieren, m. E. eine gerade jetzt wenig erleuchtete und wenig mutige Inkonsequenz. Sie stehen damit in Gefahr, die ihnen jetzt historisch zufallende Aufgabe zu verfehlen.

Gefahr, eine historische Chance politisch zu verfehlen

Dieselbe Gefahr laufen aber die Geldreformgruppen, die sich hauptsächlich in der HUMANWIRTSCHAFT sowie in der FAIRCONOMY (der „Initiative Natürliche Wirtschaftsordnung“) artikulieren. In diesem Fall jedoch nicht deshalb, weil sie den grundlegenden Systemwandel nicht wollten oder nicht laut auszusprechen wagten, sondern weil sie immer noch meinen, noch so richtige Prozentrechnungen über die verheerende Wirkung des Zinseszinssystems und noch so einleuchtende Statistiken nach Art von Helmut Creutz müssten allein genügen, um politisch endlich etwas zu bewegen. Dazu bedarf es vielmehr der Flankierung durch ein politisches Netzwerk, das nicht allein die Wirtschaftsfrage, sondern die Demokratiefragen grundlegend aufwirft und konstruktive Lösungen anbietet.

Bevor ich auf die konstruktiven Entwürfe komme, möchte ich erstens darauf hinweisen, dass es in der historischen Freiwirtschaftsbewegung eine fragwürdige Verhältnisbestimmung von Wirtschaft und Politik gibt, die bis heute unaufgearbeitet fortwirkt. Silvio Gesell wollte zwar in die Politik hinwirken und war sogar für ein paar Tage Finanzminister der Regierung der Münchener Räterepublik. Doch für ihn blieb die Politik, die gesamte Regelung des öffentlichen und staatlichen Lebens also, ein Anhängsel der Wirtschaft. Seine Spätschrift „Der abgebaute Staat“ (1928) stellt keinen Ausrutscher dar, sondern konsequente Äußerung seiner wirtschaftsliberalen Denkart: Ist die Wirtschaft in Ordnung, dann kommt der Rest des Gemeinwesens automatisch in Ordnung. Man muss hier durchaus von einem „Ökonomismus“, einem absoluten, alles andere determinierenden Primat der Wirtschaft, sprechen, den Silvio Gesell mit einigen marxistischen Gruppen seiner Zeit, aber paradoxerweise auch mit neoliberalen Ökonomen unserer Zeit teilt: Die Gegensätze berühren sich hier, und

zwar in der alles Soziale determinierenden Rolle der Wirtschaft. Da ohnehin alles von den wirtschaftlichen Basis-Verhältnissen abhängt, wird in solcher Denkweise auch nicht gefragt, welche politischen *Voraussetzungen* denn grundlegende Wirtschaftsreformen haben. Darin liegt ein bis heute fortwirkender unpolitischer Zug der Freiwirtschaftsbewegung begründet, basierend auf dem Glauben, grundlegende wirtschaftliche Veränderungen (wie immer sie möglich sein sollen) würden den ganzen Rest politischer Fragen schon lösen. In solcher Dankweise wird die politische Frage, wie man denn zur Veränderung der Wirtschaftsordnung gelangt, über der Begeisterung für diese neue Ordnung weitgehend ausgeblendet.

Die Herr-Knecht-Dialektik von Wirtschaft und Politik

Ein zweiter Hinweis zum Verhältnis von Wirtschaft und Politik bezieht sich unmittelbar auf unsere Gegenwart. Man kann von einer Dialektik oder, populärer gesprochen, von einem Katze-und-Maus-Spiel zwischen Wirtschaft und Politik sprechen: Einerseits wird unser politisches Leben in einem Maße von der Wirtschaft beherrscht, dass die Politiker im Parlament wie gefangene Mäuse in den Klauen der Wirtschaft – vertreten durch etwa 3 Lobbyisten pro Abgeordnetem – erscheinen und in ihren Entscheidungen weitgehend (ihnen selbst mehr oder weniger bewusst) wirtschaftsabhängig sind. Ernst-Ulrich von Weizsäcker schrieb mir seinerzeit auf mein Buch „Revolution der Demokratie“ hin:

„Zugespitzt gesagt: Die Regierungen der Welt holen sich ihre Hausaufgaben nicht mehr in erster Linie von ihrem Volk, sondern von Ratingagenturen, Pensionsfonds, Analysten und den auf sie hörenden Wirtschaftsjournalisten. Sie tun es in der *zutreffenden* Annahme, dass es dem Land und dem Volk noch schlechter geht, wenn der „Standort“ von den Investoren gemieden wird. Und sie lassen sich ihr Tun von den Parteien formaldemokratisch absegnen“ (Brief vom 9.4.2004).

Welch ein für die Demokratie vernichtendes Eingeständnis eines damaligen Bundestagsabgeordneten! Andererseits tanzen zur Stunde diese politischen Mäuse in einer Weise auf dem Tisch herum, ohne dass die Katze sie daran hindern kann, wie es den Wortführern der „freien Wirtschaft“ noch bis vor kurzem undenkbar und vor allem verabscheuungswürdig erschien: Der politische Staat sollte sich möglichst wenig in die Wirtschaft einmischen, das war und ist das Credo der Wirtschaftsliberalen. In diesen Monaten nun beweist der politische Staat seine Oberhoheit über die Wirtschaft als Teil des Gemeinwesens. Die Wirtschaftsvertreter als Manager und Banker hängen – um das Bild zu wechseln – so offensichtlich am Tropf des Staates, dass man auf beiden Seiten alles tun wird, diese Situation bald wieder vergessen zu machen. Das Herr-Knecht-Verhältnis hat sich wieder einmal umgekehrt.

Doch der Kampf um die Vorherrschaft wird weitergehen, solange das Verhältnis von Wirtschaft und Politik nicht grundsätzlich geklärt ist – in einer Theorie und Praxis der Demokratie, die diesen Namen verdient. Ob die wirtschaftsabhängige, kapitalistische Demokratie jemals wirklich ihren Namen verdiente, nämlich

einigermaßen ihrem Ideal als Selbstregierung des Volkes entsprach, scheint mir äußerst fragwürdig. Ich spreche seit Jahren von einer Halb- und Vierteldemokratie. Darin soll keine Geringschätzung liegen für die vielen Pioniere und die ernstgemeinten Anfänge der Demokratie. Doch eine politische Errungenschaft, die nicht weiter entwickelt wird, veraltet ähnlich wie eine technische Einrichtung, die nicht weiter geführt und auf den neuesten Stand gebracht wird. Oder sie altert wie ein Organismus, der sich nicht in jungen Organismen erneuert und höher entwickelt.

Die in der „Viergliederung“ vorgesehene Lösung

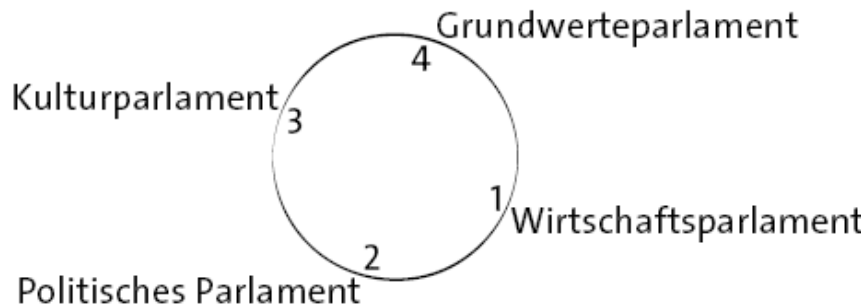
Der gewiss wertende Ausdruck „Vierteldemokratie“ bezieht sich auf die Tatsache, dass unsere bisherigen Demokratien Einheitsgebilde sind, in denen die Ebenen des sozialen Lebens

1. Wirtschaft (mit Konsum, Produktion, Handel, Geldsystem)
2. Politik (mit Territorial-, Sicherheits-, Außen- und Rechtspolitik)
3. Kultur (mit Pädagogik, Wissenschaft, Publizistik und Kunst)
4. Grundwerte (mit Weltanschauung, Ethik, Religion, Spiritualität)

noch nicht differenziert, sondern bis zur Ununterscheidbarkeit vermischt sind. Diese Ebenen oder Subsysteme des Sozialen gehen aus Gesetzen des menschlichen Handelns hervor, die an dieser Stelle nicht ausführlich erörtert werden können. Es genügt zu sagen: Der ganze Prozess der Neuzeit oder der Moderne ist ein solcher der Differenzierung, z.B. von Politik und Religion, von autonomer Kultur und Religion, auch von Kultur und Politik. Wie steht es aber nun mit der letzten Differenzierung, der von Politik und Wirtschaft? Diese ist bisher am wenigsten konsequent irgendwo durchgeführt worden. Deshalb diese Herr-Knecht-Dialektik, dieser Streit um dem Vorrang, der zur Stunde wieder einmal zugunsten der Politik ausgeschlagen ist – bis das Pendel zurückschlägt und wir eine umso schärfere Wirtschaftsdiktatur erleben, mit den berühmten, angeblichen Sachzwängen, z.B. der Globalisierung – als wären es nicht menschliche und politische Entscheidungen und Anforderungen an unsere Intelligenz wie an unseren Gerechtigkeitssinn, *wie* wir die Globalisierung, die wirtschaftliche Einswerdung der Menschheit, gestalten.

Ich möchte der Versuchung widerstehen, hier die Theorie der Viergliederung der Demokratie erneut auszubreiten zu wollen. Es sei lediglich an einen Grundgedanken erinnert: jeweils bereichsspezifisch gewählte Teilparlamente mit Sachparteien für jedes der Subsysteme, mit einer rahmensetzenden Vorrangsregelung von „Oben“, von den Grundwerten, nach „Unten“, über die kulturellen Werte und die politischen Wert-Entscheidungen zu den wirtschaftlichen Werten und Gütern, wobei allerdings auch eine Rückkoppelung einzubauen ist. Die wirtschaftlichen Güter bilden die Lebensbasis, z.B. heute auf globaler Ebene: dass allen Menschen Nahrung, Kleidung und Wohnung gebührt, was die Weltwirtschaft ohne weiteres leisten könnte,

wenn das Wirtschaften keine Klassenangelegenheit wäre, aufgrund der Monopoleigenschaften des Geldes und des Bodenbesitzes.



Es geht mir um die Zusammengehörigkeit und eine grundsätzliche Neuordnung des Verhältnisses von Wirtschaft und „Politik“, die im weiteren Sinn auch die Ebenen 3, Kultur, und 4, Grundwerte, umfasst. Es geht mir um die Einsicht, dass das unwürdige und destruktive Katz-und-Mausspiel zwischen Wirtschaft und Politik solange weitergehen wird zugunsten einer politisch-ökonomischen Oberschicht, bis klare institutionelle Vorkehrungen im Sinne des geordneten Miteinanders jener vier Systemebenen geschaffen werden.

Wann, wenn nicht jetzt?

Nun lautet der Einwand: Wir können schon froh sein, wenn wir die gegenwärtige weltweite Wirtschaftskrise irgendwie zugunsten der Geldreform nutzen können. Da können wir nicht noch gleichzeitig eine politische Neuordnung anstreben. Das wäre zu viel auf einmal. In der Tat kann ich einerseits nur unterstreichen: Wenn die gegenwärtige Stunde des Quasi-Zusammenbruchs des Kapitalismus, der nur noch vom politischen System her aufgehalten werden kann, wenn diese Chance nicht genutzt würde, könnte man die Geldreformbewegung eigentlich nicht mehr ernst nehmen. Wann, wenn nicht jetzt, muss öffentlich klar werden, dass es sich eben nicht um vereinzelt Versagen im leistungsmäßigen wie im moralischen Sinn handelt, dass die Kapitalismuskritik der Geldreformer seriös ist im doppelten Sinn, nämlich fundiert und mit ernster Änderungsabsicht?

Es kann nur ums Ganze gehen

Andererseits antworte ich auf jenen Einwand: Wenn wir nicht zugleich das gesamtpolitische Problem anfassen und also die zur fundamentalen Neubesinnung fähigen und willigen politischen Kräfte hinzunehmen, *haben wir auch wirtschaftlich keine Chance, eine grundlegende Änderung gegenüber der ökonomisch-politischen Klasse durchzusetzen*. Das Wirtschaftsproblem muss dazu endlich auch von den Geldreformern als ein gesamtpolitisches Problem begriffen werden, und zwar nicht im Sinne einer ökonomistischen Monokausalität, sondern als mehrschichtiges, multikausales. Es geht um eine Sammlungsbewegung, wie ich sie 2001 in dem unter

dem Titel „Wie politisch ist die Freiwirtschaft“ (Der Dritte Weg 10/2000), als „Einheit von Geld- und Demokratiereform“ (Zeitschrift für Sozialökonomie 127/2001) gefordert und 2005 im „Demokratiemanifest für die schweigende Mehrheit“ (104-110) mit 7 Strategieschritten erneut zu zeichnen versucht habe. Es fehlt der Raum und hat auch wenig Sinn, dasselbe hier bloß zu wiederholen, da mindestens einer der genannten Texte leicht nachgelesen kann und hier Raum für einige sehr konkrete, der gegenwärtigen Situation angepasste Überlegungen bleiben soll. Da keiner weiß, wie es konkret weitergeht, jedoch unsere Kräfte zur Mitgestaltung aktiviert werden müssen, entwerfe ich folgende vier mögliche politische Szenarien.

Mögliche Szenarien

1. Längerfristige Restauration

Was ich für recht unwahrscheinlich halte, besonders nach dem amerikanischen Neuanfang, ist eine langfristige Restauration des Kapitalismus, mit einigen Abmilderungen namens „sozialer Marktwirtschaft“ und eingebauten Klugheitsvorkehrungen. Eine solche Entwicklung wäre mit revolutionären Bewegungen, zumindest in vielen Entwicklungsländern, verbunden. Denn auch ein sozial etwas abgefederter, „rheinischer“ Kapitalismus, der dennoch sich selbst, d.h. dem brutalen und unsittlichen Renditeprinzip treu bleibt, kann weltweit keinen „Wohlstand für alle“ gewährleisten, wie es im Nachkriegsdeutschland vorläufig gelingen konnte. Im Arbeitszimmer Ludwigs Erhards hing das Bild seines „verehrten und geliebten Lehrers“ Franz Oppenheimer, dessen „liberaler Sozialismus“ – Gesell nicht unähnlich – von der Ächtung der „Monopole“ Geld und Boden ausging. Erhardt konnte die Ideale des „Liberalsozialisten“ Oppenheimer nicht stärker umsetzen als in dem, was als „soziale Marktwirtschaft“ und angeblich ungefähr gleichbedeutend später als „rheinischer Kapitalismus“ bekannt wurde. Diesen längerfristig restaurieren zu wollen, scheint mir im Grunde abstrus, auch wenn dies bezeichnenderweise die erklärte, sich realistische gebende Absicht der derzeit stärksten deutschen Partei ist, die sich dabei mit zweifelhaftem Recht auf Ludwig Erhardt beruft. Selbst Gewerkschafter und Linke lassen sich immer noch „einwickeln“ durch Vernebelung des grundsätzlichen Unterschiedes zwischen *freien Unternehmern*, die schon für Marx als „produktive Kapitalisten“ auf der Seite der Arbeitenden standen und einen angemessenen Gewinn verdienen, und „Geldkapitalisten“ bzw. Aktiengesellschaften, die allein auf dem Renditeprinzip beruhen.

2. Kurzfristige Restauration und längerfristiger krisenhafter Umbruch

Das leider wahrscheinlichste Szenario: Unserer polit-ökonomischen Klasse wird es (freilich im Verein mit der Ängstlichkeit und Trägheit der schweigenden, leider unaufgeklärten Mehrheit) gelingen, den Weltkapitalismus noch einmal für ein bis zwei Jahrzehnte zu restaurieren. Ähnlich wie in der Restaurationsbewegung nach dem

Fall Napoleons und dem Wiener Kongress (1815) wird es noch einmal ganz ähnlich wie vorher aussehen. Doch die Ereignisse von 2008/9, die Hinfälligkeit und Verlogenheit des alten Systems lassen sich nicht mehr lange vergessen und verdrängen. Die Keime des Neuen werden normalerweise erst im übernächsten Jahrzehnt ausgereift sein. Möglicherweise werden aber – abgesehen vom Druck der Klimakatastrophe und der sich zuspitzenden Armutskatastrophe - *neue geistige und spirituelle Entwicklungen* (die über die unglaublich gewordenen traditionellen Religionen weit hinausgehen) diesen Prozess enorm beschleunigen. In dem Fall könnten wir schon im nächsten Jahrzehnt eine Zeit großer, hoffentlich friedlicher Umbrüche erleben. Das, was jetzt utopisch erscheint, u.a. die Einheit von Geld- und Demokratiereform, dürfte dann wie selbstverständlich anstehen. Der Vergleich mit dem plötzlichen Fall der Berliner Mauer kann uns hier als Denkmodell helfen.

3. Volksbegehren und Volksabstimmungen

Es wäre denkbar, dass es in europäischen Ländern, auch in Deutschland, Volksbegehren und Volksabstimmungen gibt um die Themen: Welche Wirtschafts- und Demokratieformen wollen wir? Es wären Fragestellungen möglich wie: *Halten Sie kapitalistische Wirtschaftsweise, die durch Zinseszins/Kapitalrendite gekennzeichnet sind, für prinzipiell human? Wenn ja, welche der folgenden Alternativen würden sie bevorzugen?* Solche im Moment noch unwahrscheinlichen Volksabstimmungen werden in dem Fall 2 besonders wahrscheinlich, wenn also die langfristige Restauration des Kapitalismus und der dazu gehörigen Vierteldemokratie nicht mehr so gelingt, wie von den traditionellen Parteien erhofft. Vieles hängt von der Haltung des neuen amerikanischen Präsidenten und seiner Regierungsmannschaft ab: Wird er sein Charisma in den Dienst der Restauration oder in den Dienst einer sofortigen, sanften Entwicklung in Richtung realerer Demokratie und wirtschaftlicher Gerechtigkeit stellen?

4. Friedlicher Umbruch durch die LINKE als Kristallisationskern

In Deutschland wäre es durchaus möglich, dass sich die SPD, nach ihrem erneuten Versagen – das größte passierte wohl 1918/19 - bei ihrer neoliberalen Agenda 2010, (die für systemimmanentes Denken durchaus konsequent war und daher auch von Helmut Schmidt als große Leistung Schröders gelobt wurde) auf ihre nicht-kapitalistischen Wurzeln zurückbesinnt. Sie könnte von einer stärker werdenden Partei DIE LINKE dazu herausgefordert werden, ja zu dieser Rückbesinnung gezwungen werden angesichts der schlichten Alternative: Opposition in der Bedeutungslosigkeit *oder* Regieren mit Linkspartei und evtl. den Grünen. Das Wahljahr 2009 wird bereits von der hessischen Wahl an erweisen, ob die deutschen Wähler die Reife zeigen (wie ich dies bewerten würde), eine solche Entwicklung zu ermöglichen – oder ob sie den Verlockungen der Restauration erliegen.

Meines Erachtens sollten sich die ernsthaften Geldreformer – über mehr oder weniger berechnete historische Gegensätze wie vor allem über bloße Ressentiments hinweg – entschieden für einen solchen friedlichen Umbruch und die zunächst mindestens teilweise Verwirklichung ihrer Ideen öffnen und ihn energisch mittragen. Ich halte dies derzeit für eine große, realpolitische Chance, die früher geforderte Sammlungsbewegung - bei Zurückstellen des Zweitrangigen und Trennenden – zu verwirklichen! Das Stolpern über das Wort „Sozialismus“ (das ich persönlich schon 1978 für untauglich erklärt habe) ist dabei ebenso destruktiv und fast ebenso geistlos wie die Behaftung der LINKEN bei dem völlig anachronistisch gewordenen Kampfwort „Kommunismus“, das heute nur noch für Demagogie taugt.

Auf besagtem Wege hätte zugleich Szenario 3 Chancen: eine wesentliche Verstärkung der direkten Demokratie. Von allein würden auch die „alten“, im vermeintlich einzig Guten verhärteten Direktdemokraten etwas dazu lernen: Dass nicht nur „ein Mix“, sondern eine viel weitergehende, *innere Synthese von direkter und repräsentativer Demokratie* möglich und notwendig ist: Eben die bereichsspezifischen jährlichen Wahlen im Sinne der Viergliederung. Spätestens bei Wahlen zu einem Wirtschaftsparlament bekäme eine konsequente Geldreform – bei guter Selbstdarstellung, Konzentration auf das Wesentliche und Zurückstellen sektiererischer Querelen, also interner Einigkeit - den Segen der Bevölkerung! Doch keiner kann sagen, in welcher Reihenfolge welche konkreten Schritte erfolgen und in welchen Modifikationen die obigen Szenarien realisiert werden. Wir müssen uns der „Vernunft der Geschichte“ (Hegel) anvertrauen, indem wir das uns jeweils Mögliche tun, und zwar mit aller Kraft und Wachheit. Das Tun aber geht (im Unterschied zu bloßen Prozentrechnungen) nur gemeinsam, über die berechtigten und vor allem die unberechtigten historischen Gräben hinweg!